

Die neuen Einnahmsquellen der Gemeinde Wien.

Von einem Wiener Kommunalpolitiker.

Wien, 26. Juni.

Unter dem Drucke der Verhältnisse haben heute die schon seit längerer Zeit mit dem Staatsamte für Finanzen gepflogenen Verhandlungen über die finanziellen Ressourcen, die der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt werden müssen, soll sie nicht unter der Last der ihr auferlegten Verpflichtungen zusammenbrechen, zu einem vorläufigen Ergebnis geführt.

Es muß daran festgehalten werden, daß es sich nur um vorläufige Abmachungen handelt. Eine endgültige Auseinandersetzung zwischen Staat und Gemeinde Wien über diese Fragen wird erst in einem späteren Zeitpunkt möglich sein, bis der Friedensvertrag die Klärung der finanziellen Lage des Staates herbeigeführt hat. Es ist zweifellos, daß dann das ganze Finanzsystem des Staates, sein Steuersystem vor allem, auf ganz neue Grundlagen gestellt werden muß. Heute jedoch sich darüber auszusprechen, ist naturgemäß unmöglich. Zu viele Momente kommen da in Betracht, die von ausschlaggebender Bedeutung für diese Frage sind. Deshalb mußte jetzt darauf verzichtet werden, an den Staat Forderungen zu stellen, die einzelne Steine aus dem heute bestehenden finanziellen Gebäude herausbrechen und dadurch das ganze System zum Zusammenbruche geführt hätten.

Das ist der Grund, warum auf der Forderung, Zuschläge zur Einkommensteuer oder gar einen Teil des Ertrages dieser Steuer zugewiesen zu bekommen, eine Forderung, die aber grundsätzlich aufrecht-

erhalten werden muß, nicht bestanden wurde. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Wien — von allen anderen dafür sprechenden Umständen abgesehen — fast ein Drittel der Bewohner des ganzen Staates in seinem Reichthum umschließt und daher schon deshalb in Zukunft in steuerpolitischer Hinsicht anders zu behandeln ist als früher.

Auf das gleiche Konto ist auch der Verzicht auf die Beteiligung Wiens an der Kriegsteuer zu buchen.

Was die Vermögensabgabe anlangt, sind die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen und konnten dies auch nicht werden, da ja über das Schicksal und den Umfang der Vermögensabgabe überhaupt noch keine volle Klarheit herrscht. Aus den vom Staatssekretär gemachten Zusagen, die sofort realisiert werden können, werden der Gemeinde 56 und in Kürze über 60 Millionen zufließen, jedenfalls für den Augenblick eine erste Hilfe in der Not, ohne die ein Zusammenbruch der Gemeindefinanzen unvermeidlich gewesen wäre.

Auch so wird es harter Arbeit, größter Sparsamkeit und bei der Bevölkerung größter Opferwilligkeit bedürfen, um uns über Wasser zu halten.

Die der Gemeinde überlassenen Steuerquellen tragen durchwegs lokalen Charakter und sind an sich nicht neu. Die Anteilnahme an dem Ertrag der Hauszinssteuer kann mit 24 bis 26 Millionen geschätzt werden und ist jedenfalls einer Steigerung fähig. Das gleiche gilt von der Verzehrungssteuer, die sich mit der zunehmenden Besserung unserer Ernährungsverhältnisse auch hinauf entwickeln wird. Hier wären etwa 12 bis 15 Millionen zu präliminieren. Die Wertsteuer für Grund und Boden endlich, die sich vorläufig nur in sehr engen Grenzen bewegen wird, wird mit 20 Millionen Jahresertrag geschätzt. Alles in allem im Vergleich zum Defizit von 400 Millionen wenig, aber doch eine Grundlage, auf der bei Eintritt normaler Verhältnisse weitergebaut werden kann.